

Hans-Karl Rupp, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren* (= Sammlung Junge Wissenschaft), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1970, 331 S., kart., 22,80 DM.

Begriff und Problematik der außerparlamentarischen Opposition sind im Bewußtsein der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mit drei Ereignissen verbunden: mit der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung, der Protestwelle gegen die Große Koalition und der Radikalisierung der Studentenbewegung vor allem in West-Berlin. Weitgehend vernachlässigt und dem Bewußtsein entrückt ist die Oppositionsbewegung der fünfziger Jahre, die sich an der Diskussion um die Wiederaufrüstung und die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen entzündete.

Hans-Karl Rupp liefert in seiner materialreichen Studie einen empirischen Beitrag zum Phänomen der außerparlamentarischen Opposition. Seine umfassende Analyse der Anti-Atom-Waffen-Bewegung wird in die Struktur der westdeutschen Innenpolitik eingeordnet. Rupp definiert den Begriff »Außerparlamentarische Opposition« als »operativ orientierten Teilbegriff« eines soziologischen oder funktionellen Begriffs von Opposition, der das Bestreben von Gruppen bezeichnet, das darauf ausgeht, »Ziele zu verwirklichen, die mit denen der Träger politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Autorität im Widerspruch stehen« (S. 20). Damit ist in der Definition die außerparlamentarische Aktivität von Kräften innerhalb und außerhalb des Parlaments enthalten. Der Verfasser übernimmt den von Naschold erarbeiteten Demokratiebegriff, »der in der möglichst breiten Partizipation der Systemmitglieder nicht nur ein Mittel zur Bestimmung der Personalauslese und der politischen Richtungskontrolle, sondern ebenso einen Zweck in sich selbst sieht« (S. 19). Damit wird politische Wissenschaft an der Norm der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft mit der Zielvorstellung einer Identität der Herrschenden und Beherrschten gemessen. Ein so verstandener Demokratisierungsprozeß kann nur auf den Abbau von Privilegien und auf breite Partizipation zielen.

Für die erdrückende Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik bleibt Demokratie beschränkt auf die Teilnahme an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, abgesehen von den wenig bedeutsamen Betriebsrats- oder Personalvertretungswahlen. Rupp weist nach, daß eine Volksabstimmung zwischen Dezember 1957 und August 1958 über die Frage der »Atombewaffnung« eindeutig gegen die Intentionen der Bundesregierung und der CDU ausgefallen wäre (S. 263). Da eine Volksbefragung auf Bundesebene von der Bundestagsmehrheit abgelehnt, eine Volksbefragung auf Länderebene durch Verfassungsgerichtsurteil verhindert wurde, versandete diese Auffassung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung in der weiteren politischen Entwicklung.

Unmittelbarer Vorläufer des Kampfes gegen die Atomwaffen waren die Aktionen gegen die deutsche Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren. Rupp zeichnet die engen personellen und ideologischen Beziehungen zwischen der »Kampagne gegen die Remilitarisierung« und den Protestbewegungen »gegen den Atomtod« nach (S. 45 ff.). Die Ablehnung der Wiederbewaffnung war der Ansatzpunkt für die Aktivität aller oppositionellen Gruppen in der Bundesrepublik, in deren Mittelpunkt die von SPD und DGB initiierte »Paulskirchenbewegung« des Jahres 1955 stand, die eine kurzfristige Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und EKD brachte. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge entstanden Aktionskomitees oppositioneller Jugendverbände, die nach der Erklärung der »Göttinger Achtzehn« im April 1957 allmählich den Charakter von Protestaktionen gegen die »Atombewaffnung« annahmen.

Bemerkenswert ist, daß die Oppositionsparteien im Bundestag und die oppositionellen Gruppierungen außerhalb des Parlaments durch die Auseinandersetzung mit den Pro-

blemen der Wiederbewaffnung und der allgemeinen Wehrpflicht sich relativ spät mit der Stationierung amerikanischer Atomwaffenverbände in der Bundesrepublik beschäftigten. Erst Mitte des Jahres 1956 entstand die erste Organisation, die sich ausschließlich die Bekämpfung der atomaren Gefahren zum Ziel setzte. Sporadische Aktionen von IG Metall und DGB folgten im September 1956 (S. 72). Erst das immer deutlicher werdende Drängen der Bundesregierung nach Atomwaffen für die Bundeswehr bot geeignete Ansatzpunkte für den »Kampf gegen die Bombe«. Die von SPD und FDP bezogene Oppositionsstellung erreichte aber bei weitem nicht die politische Wirkung der »Erklärung der Göttinger Achtzehn« (S. 73), die erst die breite Diskussion in der westdeutschen Bevölkerung und ein spontanes Engagement von politisch Interessierten brachte. Die Erklärung war unterzeichnet von den namhaftesten deutschen Atomwissenschaftlern und wurde allgemein als Attacke gegen die Politik des Bundeskanzlers verstanden, der den Schritt durch seine Definition taktischer Atomwaffen als »Weiterentwicklung der Artillerie« ausgelöst hatte.

Die Sozialdemokratische Partei blieb beim Bekanntwerden der ersten Nachrichten über die Lagerung von Atomwaffen auf westdeutschem Territorium zunächst erstaunlich passiv. Erst im Hinblick auf die Bundestagswahl im September 1957 erinnerte sich die Partei an die atomare Ausrüstung der amerikanischen Streitkräfte. Rupp erklärt dieses Verhalten mit einem Grundzug sozialdemokratischer Vorstellungen, die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Deutschlandpolitik unterzuordnen (S. 103). Mit dem Bekanntwerden der »Göttinger Erklärung« sah sich die Sozialdemokratie im völligen Einklang mit der »öffentlichen Meinung« und wählte die »Atomgefahr« zu einem wichtigen Wahlkampfthema (S. 108), motiviert durch einen Restbestand an ideologischem Internationalismus. Erst mit dem Sieg der »Reformer« auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 und der Anpassung der Politik der Partei an die »soziale Wirklichkeit« des »Wirtschaftswunders«, die, überhöht durch die Ideologie des Antikommunismus, der Partei den Weg zur politischen Macht verspernte, wurde die Oppositionshaltung gegen die Atombewaffnung nach und nach aufgegeben. Rupp analysiert in eindringlicher Weise Strategie und Taktik der schwer angeschlagenen Partei vor und während der Periode 1959/60 (S. 265 ff.) und ordnet diese in die sozialdemokratischen Vorstellungen von einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem ein.

Dieser Wendepunkt der Partei ließ allmählich die Aktivitäten des Ausschusses »Kampf dem Atomtod« versanden, in dem führende Sozialdemokraten mitgearbeitet hatten, unterstützt von der »Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung« (S. 136), kirchlichen Kreisen (Niemöller, Gollwitzer), Gewerkschaften und einem Appell von 44 Professoren mit erstaunlich breiter positiver Reaktion. Rupp stellt fest, daß es nach 1945 keine aktuelle politische Forderung von Partei- und Gewerkschaftsführung gegeben hat, die so massiv auf unterer Ebene unterstützt wurde wie die Forderung nach Verzicht auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr (S. 191). Entscheidende Beeinträchtigung erfuhr die »Volksbefragungskampagne« durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, diese Veranstaltungen bis zum endgültigen Entscheid des Gerichts auszusetzen. Vorausgegangen war eine Klage der Bundesregierung mit der Begründung, daß eine »Volksbefragung« gegen die Beschränkung plebiszitärer Einrichtungen durch das Grundgesetz verstoße. »Mit diesem Spruche wurde jeder zukünftigen plebiszitären Aktion der SPD gegen die Mehrheit des Bundestages und gegen die Bundesregierung ein Riegel vorgeschoben« (Pirker).

Rupps kritische Untersuchung über systemimmanente und die Grenzen des Systems sprengende Opposition durch Nichtbeachtung parlamentarischer Spielregeln in der repräsentativen Demokratie schließt mit vorsichtigen Hinweisen auf eine politikwissenschaftliche Theorie der Demokratie, in der außerparlamentarischer Aktivität beson-

dere Bedeutung für die Aufdeckung der Schwächen des bestehenden parteienstaatlichen Systems beigemessen wird. Mit seinem an Hermann Heller orientierten Demokratie-begriff, der Frage, ob Demokratie sich zur sozialen Demokratie erweitert, bejaht er eine möglichst breite Partizipation der Mitglieder des Systems, die nach Rupps Auffassung keiner besonderen Legitimation bedarf, sondern bereits »einen Zweck in sich selbst trägt« (Naschold).

Hans Peter Ehni

Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Westdeutscher Verlag, Opladen 1971, 750 S.

Bisher wurden in der Bundesrepublik zahlreiche Arbeiten über die Parteien angefertigt. Im Gegensatz zur überwiegend empirischen Ausrichtung angelsächsischer Parteistudien stehen jedoch Probleme im Mittelpunkt der Parteilforschung, die sich zum Teil im Vorfeld der Empirie befinden. Zahlreiche Arbeiten konzentrieren sich auf Fragen der Einordnung von Parteien in den Staat, was sich an Begriffen wie »Parteienstaat« zeigen läßt. Daneben treten Probleme der Einfügung der Parteien in die Gesellschaft, die Politik und die Demokratie, die auf eine Erweiterung der ursprünglichen Fragestellung durch demokratiethoretische Perspektiven verweisen und den Blick auf soziale Tatsachen des politischen Systems lenken. Diese beiden Ansätze, die hier nicht näher beschrieben werden können, zeigen jedoch deutlich, daß die empirische Ausrichtung der Parteilforschung noch in ihren Anfängen steckt und einer weiteren Vertiefung und Ausbreitung bedarf.

Außerdem fehlt eine Gesamtdarstellung über die westdeutschen Parteien, die vom Ansatz, vom Umfang und von der Materialbasis her den Fachansprüchen genügt. Heino Kaack widmet sich in seiner Untersuchung zur Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems dieser Aufgabe.

Der zentrale Begriff seiner Untersuchung ist das Parteiensystem, das »als die Gesamtheit der politischen Kräfte, die im Parlament vertreten sind oder wenigstens eine Vertretung anstreben« (S. 11), verstanden wird. Die Einteilung der Parteien nach Anzahl, Größenordnung, Struktur und gegenseitigen Relationen ermöglicht eine über die quantitative Unterscheidung hinausgehende Betrachtung der Rolle und der Funktion des Parteiensystems in der deutschen Geschichte und vor allem im politischen System der BRD.

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Nachkriegszeit und die BRD. Der Autor ordnet die Entstehung und Entwicklung der Parteien nach 1945 in den historischen Zusammenhang der deutschen Parlaments- und Parteilgeschichte ein. Dies führt zu einer Einteilung des Buches in einen historischen und in einen systematischen Teil. Nach Kaack ist die Ergänzung der historischen durch die »soziologische Perspektive« (S. 9) notwendig, um die Eigenarten des westdeutschen Parteiensystems verstehen zu können.

Die Analyse der bundesrepublikanischen Parteien wird nicht isoliert vorgenommen, sondern mit Blickrichtung auf das politische System. Diese Zuordnung der Fragestellung beinhaltet eine normative Feststellung des Autors, der ausdrücklich erklärt, »vom gegebenen politischen System« (S. 15) auszugehen, ohne »nach prinzipiellen Alternativen« zu fragen, sondern vielmehr sich von dem Postulat leiten läßt, »was im Rahmen der bestehenden Grundordnung modifiziert und verbessert werden könnte« (S. 15). Dieser systemimmanenten Reformkonzeption entspricht das deskriptiv-analytische Vorgehen (S. 19). Kaack behandelt folglich Struktur und Funktion der einzelnen Parteilbenen, ihre vertikale Verschränkung sowie ihre Beziehung zu Vereinigungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen in affirmativer Weise. Mit der Studie soll »vorwiegend eine Materialbasis geboten werden, die zu verfeinerten Fragestellungen führen kann« (S. 19). Der Autor beschränkt sich auf eine Bestandsaufnahme und weicht einer Weiterführung der Parteiltheorie aus, weil eine mangelnde »Dichte des empirisch